321647-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Medizinsoftwarepaket – Ausschreibung über die Konzeption, die Umsetzung und den Betrieb eines Ärzteportals
OJ S 90/2026 11/05/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Klinik IT eG
E-Mail: f.siebler@gvw.com
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ausschreibung über die Konzeption, die Umsetzung und den Betrieb eines Ärzteportals
Beschreibung: Ziel des gegenständlichen Vergabeverfahrens ist die Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung über die Konzeption, die Umsetzung und den Betrieb eines Ärzteportals nebst Wartungs- und Serviceleistungen
Kennung des Verfahrens: ecd2b4bd-b4d8-4c46-b608-08a7f5ca79a8
Interne Kennung: 001
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen
Haupteinstufung (cpv): 48180000 Medizinsoftwarepaket

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Die Vergabeunterlagen für das gegenständliche Verfahren können unter dem Direktlink der eVergabeplattform abgerufen werden und sind gemäß §§ 41 Abs. 1, 9 VgV unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf der eVergabeplattform verfügbar. Eine Bewerbung um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren (Teilnahmeantrag) ist ausschließlich mittels des vorgegebenen Bewerbungsformulars (Teil D der Vergabeunterlagen) nebst den dazugehörigen Anlagen möglich. Mit dem Teilnahmeantrag sind sämtliche geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sowie die Vertraulichkeitserklärung (Teil B der Vergabeunterlagen) einzureichen. Angaben, Erklärungen und Nachweise, die von einem Bewerber nicht bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist vorgelegt wurden, können bis zum Ablauf einer von den Auftraggebern zu bestimmender Nachfrist bei dem Bewerber angefordert werden. Reicht der Bewerber die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb einer verbindlich gesetzten Nachfrist ein, so wird

der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Auftraggeber sind nicht verpflichtet, dem Bewerber Gelegenheit zur Ergänzung seiner Angaben nach Ablauf der Bewerbungsfrist zu geben. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Unterlagen und Nachweise enthalten und ist gemäß § 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 126b BGB in Textform elektronisch zu übermitteln. Das heißt, die verbindlichen Erklärungen im Teilnahmeantrag müssen dabei durch Unterschrift, Nachbildung der Unterschrift (Faksimile), eingescannte Unterschrift oder Nennung des Namens des Erklärenden ersichtlich sein. Teilnahmeanträge, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt. Eine Übermittlung des Teilnahmeantrages per Post /Boten, Telefax oder E-Mail ist ausgeschlossen. Für den Fall einer Bewerbung als Bewerbergemeinschaft muss jedes einzelne Mitglied das Bewerbungsformular (Teil D der Vergabeunterlagen) nebst den dazugehörigen Anlagen sowie die Vertraulichkeitserklärung (Teil B der Vergabeunterlagen) ausfüllen und gemäß den vorgenannten Vorgaben auf der angegebenen eVergabeplattform zusammen mit dem Teilnahmeantrag der anderen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft in Textform gemäß § 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 126b BGB einreichen, wobei auf die vorstehenden Ausführungen zur Einreichung des Teilnahmeantragsverwiesen wird. Weitere Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, dort in den Teilen A („Allgemeine Verfahrensbedingungen“), C („Bewerbungsbedingungen für den Teilnahmewettbewerb“) und E („Vergabebedingungen für Angebots- und Verhandlungsphase“). 2. Öffentliche Aufträge sind gemäß § 122 GWB i.V.m. § 42 VgV an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen zu vergeben, die zudem nicht nach den §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Um festzustellen, ob ein Unternehmen geeignet ist, haben die Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Bestimmungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Eignungsprüfung verfügbaren Informationen eine in die Zukunft auf die mögliche Auftragsausführung gerichtete Prognose vorzunehmen. Daraus ergeben sich für das Vergabeverfahren die folgende Prüfreihenfolge und der dargestellte Umfang der Prüfung bzw. Wertung durch die Auftraggeber. (1) Keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (1. Prüfungsstufe) Im ersten Schritt prüfen die Auftraggeber anhand der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, ob Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB einschlägig sind bzw. – falls dies der Fall sein sollte –, ob wirksame Selbstreinigungsmaßnahmen nach Maßgabe von § 125 GWB durchgeführt und nachgewiesen sind oder ob die Höchstfristen für einen Ausschluss nach § 126 GWB überschritten sind. Zudem prüfen die Auftraggeber, ob der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft einen Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, aufweist. (2) Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung (2. Prüfungsstufe) Im zweiten Schritt prüfen die Auftraggeber anhand der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften – die auf der 1. Prüfungsstufe nicht vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen waren – die Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung. Solche Anforderungen sind ausdrücklich als „Mindestanforderung“ gekennzeichnet. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung führt zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren. (3) Grad der Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen (3. Prüfungsstufe) Im dritten Schritt prüfen die Auftraggeber anhand der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften – die auf der 1. und 2. Prüfungsstufe – nicht vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen waren, den Grad der Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen mit dem Auftragsgegenstand. Wesentliche Kriterien für diese Bewertung der Referenzangaben der einzelnen Bewerber sind die nachfolgenden Festlegungen anhand derer eine Rangfolge ermittelt wird. Die Punktwerte – jeweils 1 Punkt

(zugleich Erfüllung der Mindestanforderung) bis 6 Punkte – werden anhand der wertungsfähigen Referenzen des Bewerbers (bzw. der Bewerbergemeinschaft) nach folgenden Maßgaben vergeben. (a) Anzahl der Einrichtungen in der die Lösung ausgerollt und die Mitarbeiter entsprechend geschult wurden (Angabe aus dem angegebenen Referenzprojekt): 1 Punkt bei 5 Einrichtungen €; 3 Punkte bei 6 bis 199 Einrichtungen; 6 Punkte bei mehr als 19 Einrichtungen (b) Anzahl der Einrichtungen für die Wartungs- und Serviceleistungen für die Lösung erbracht wurden (Angabe aus dem angegebenen Referenzprojekt): 1 Punkt bei 5 Einrichtungen €; 3 Punkte bei 6 bis 19 Einrichtungen; 6 Punkte bei mehr als 19 Einrichtungen (c) Anzahl der Erfüllung der beschriebenen Funktionalität durch die umgesetzte Lösung mit den im Leistungsverzeichnis genannten Anwendungsfällen (Angabe aus dem angegebenen Referenzprojekt): 1 Punkt bei 3; 3 Punkte ab 4 bis 7; 6 Punkte ab 8. Die ermittelten Punktwerte werden addiert, sodass insgesamt maximal 18 Punkte („Gesamtpunktzahl“) erreicht werden können. Der Bewerber (bzw. die Bewerbergemeinschaft) mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den ersten Rang. Bewerber (bzw. Bewerbergemeinschaften) mit gleicher bzw. niedrigerer Gesamtpunktzahl werden absteigend auf die nachfolgenden Rangplätze verteilt, bis die Rangplätze 1 bis 3 ermittelt sind. Für den Fall, dass zwei oder mehr Bewerber (bzw. Bewerbergemeinschaften) dieselbe Gesamtpunktzahl erreichen und damit mehr als drei Bewerber (bzw. Bewerbergemeinschaften) die Rangplätze 1 bis 3 belegen könnten, wird in analoger Anwendung § 75 Abs. 6 VgV eine Losentscheidung unter den Bewerbern (bzw. Bewerbergemeinschaften) mit derselben Gesamtpunkzahl herbeigeführt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Ausschreibung über die Konzeption, die Umsetzung und den Betrieb eines Ärzteportals
Beschreibung: Die KIG hat im Rahmen der Projekte „Mein.Krankenhaus Bayern“ („MKB23“) und „Mein.Krankenhaus Digital“ („MKD24“) Leistungen zur Bereitstellung, Implementierung und den Betrieb eines interoperablen Patientenportals gemäß dem Fördertatbestand 2 des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) ausgeschrieben und vergeben. Dabei konnten zuweisende Haus- und Fachärzte aufgrund der KHZG bezogenen Förderung nicht berücksichtigt werden. Um die Gruppe der Haus- und Fachärzte zu integrieren und in den Datenaustausch einzubeziehen, hat die KIG deshalb im Frühjahr 2025 die Leistungen für die Konzeption, Umsetzung und Betrieb eines Ärzteportals ausgeschrieben und für drei Pilotkliniken vergeben. In diesem „proof-of-concept“ wurde die Machbarkeit des Ärzteportals nachgewiesen. Ziel dieser Ausschreibung ist es nunmehr, weitere Anforderungen an ein Ärzteportal umzusetzen und insbesondere eine Skalierung des Ärzteportals für eine Vielzahl von Einrichtungen, d.h. Krankenhäuser und Klinikträger im Freistaat Bayern vorzunehmen. Dabei steht der weitgehend automatisierte Versand von Dokumenten wie z.B. von Entlassbriefen aus der Einrichtung an niedergelassene Haus- und Fachärzten im Vordergrund. Zudem ist im Rahmen der Umsetzung die Adressierung von Haus- und Fachärzten in ihren unterschiedlichen Organisationen wie Praxis, Gemeinschaftspraxis, MVZ geeignet zu etablieren. Dabei ist die Umsetzung vor dem Hintergrund der Eigenschaften der beteiligten IT-Systeme zu betrachten. Während das KIS in einer Einrichtung regelhaft Dokumente per HL7 MDM Nachrichten versenden kann, verfügen Arztinformationssysteme (AIS) in der Regel nicht über geeignete Schnittstellen für einen Datenaustausch. Ebenso fehlen verbindliche Vorgaben für solche Schnittstellen. Mit KIM steht zwar ein TI konformer Transportdienst zur Verfügung, der einen weitgehend automatisierten Versand erlaubt. Allerdings garantiert KIM abhängig von der genutzten Dienstkennung keine patienten-bezogene Datenübernahme in das jeweilige AIS, so dass im Rahmen der Umsetzung ein entsprechendes Vorgehen zu erarbeiten ist. Zu den wesentlichen Leistungsgegenständen zählen: • Konzeption, Lieferung, Aufbau und Inbetriebnahme des Ärzteportals • Schulungsleistungen zur Administration des Ärzteportals sowie • Wartungs- und Pflegeleistungen. Eine detaillierte Beschreibung der Leistungsanforderungen ist hierbei dem Leistungsverzeichnis (Anlage 1 des Teils E der Vergabeunterlagen („Angebotsunterlagen (Rahmenvereinbarung nebst Anlagen)“) zu entnehmen. Der Abruf der Leistungen aus der Rahmenvereinbarung ist im Umfang auf einen Wert von maximal 400.000 EUR (netto) (Höchstabnahme) begrenzt. Zur Umsetzung des Beschaffungsvorhabens nimmt der Auftraggeber Fördermittel nach dem Digitalisierungsbudget Bayern in Anspruch.
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen
Haupteinstufung (cpv): 48180000 Medizinsoftwarepaket

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1
Weitere Informationen zur Verlängerung: Für die vom Auftragnehmer geschuldeten Wartungs- und Serviceleistungen gilt eine Laufzeit von drei Jahren (Grundlaufzeit). Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Leistungen einmal um 12 Monate durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweils gelten-den Vertragslaufzeit zu verlängern (einseitiges Optionsrecht).

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität
Beschreibung des Eignungskriteriums: (1) Der Bewerber (bzw. das Mitglied der Bewerbergemeinschaft) hat nach Maßgabe des § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV zuzusichern, dass • ein Projektleiter für die Auftragsdurchführung (Geschäftsführer, Abteilungs- oder Teamleiter oder sonstige Leitungsfunktion), • ein stellvertretender Projektleiter vorgesehen sind und diese Personen im Teilnahmeantrag (Bewerbung) namentlich zu benennen. Der Nachweis über die fachliche Qualifikation der einzelnen namentlich zu benennenden Personen wird dabei erbracht durch • Vorlage eines Kurzlebenslaufs mit Ausbildungsnachweis, • Angabe zur Unternehmenszugehörigkeit sowie • Angaben zu einschlägiger Berufserfahrung in Jahren. Der Projektleiter muss über mindestens vier Jahre einschlägige und branchenspezifische Berufserfahrung, d.h. Digitalisierung im Gesundheitsbereich oder in Sektoren mit vergleichbaren Anforderungen verfügen (Mindestanforderung). Der stellvertretende Projektleiter muss über mindestens zwei Jahre einschlägige und branchenspezifische Berufserfahrung, d.h. Digitalisierung im Gesundheitsbereich oder in Sektoren mit vergleichbaren Anforderungen verfügen (Mindestanforderung). (2) Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl (2023, 2024 und 2025) sowie (3) Erklärung über die beabsichtige Vergabe von Unteraufträgen und gegebenenfalls Vorlage einer Erklärung des als Unterauftragnehmer vorgesehenen Unternehmens, mit der der Unterauftragnehmer versichert, dass im Falle der Beauftragung die erforderlichen Mittel und Kapazitäten zur Auftragsdurchführung vorhanden sind (Verpflichtungserklärung).
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: (1) Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss nach Maßgabe von § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 VgV einen Nachweis (Kopie der Versicherungspolice bzw. Bestätigung durch Versicherungsunternehmen) – im Zeitpunkt der Einreichung nicht älter als 12 Monate – über eine gültige Betriebs- und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden und von einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer erbringen. Die Betriebs- und

Vermögensschadenhaftpflichtversicherung muss die nachfolgenden Anforderungen erfüllen (Mindestanforderungen): (a) Die Deckungssumme muss mindestens EUR 1,0 Mio. für Personen-, Sach- und Vermögensschäden bei einer 2-fachen Maximierung betragen. (b) Der Versicherungsschutz muss Personen-, Sach- und Vermögensschäden und dabei insbesondere Mangelfolgeschäden wie z.B. Systemausfälle, Unterbrechung des Krankenhausbetriebs oder Datenschutzverstöße mit umfassen. (c) Für den Fall der Liquidation des Versicherungsnehmers muss die Versicherung ei-ne Nachhaftungsfrist von mindestens zwei Jahren aufweisen. Sofern eine bestehende Betriebs- und Vermögensschadenshaftpflichtversicherung die Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist als Nachweis eine Eigenerklärung (Bestätigung durch Versicherungsunternehmer) vorzulegen, wonach sich der Bewerber bzw. die Be-werbergemeinschaft zum Abschluss bzw. Erweiterung einer Versicherung gemäß diesen Mindestanforderungen im Falle der Auftragserteilung verpflichtet. (2) Erklärung über den Gesamtumsatz in EUR (netto) des Bieters in den Jahren 2023, 2024 und 2025 mit Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch) sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2023); (3) Erklärung über den Gesamtumsatz in EUR (netto) des Bieters in den Jahren 2023, 2024 und 2025 mit vergleichbaren Leistungen, d.h. mit Leistungen zur Konzeption, Umsetzung und Inbetriebnahme von Lösungen zur Kommunikation innerhalb oder zwischen medizinischen Einrichtungen nebst Wartungs- und Serviceleistungen, mit Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch) sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2023). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV zu-dem zwei geeignete abgeschlossene Referenzprojekte nachweisen, die mit den zu ver-gebenden Leistungen nach der Aufgabenstellung (Art, Umfang, Komplexität des Auf-trags) vergleichbar sind. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss durch die Vorlage von einem ver-gleichbaren Referenzprojekt nachweisen, dass die folgenden leistungsspezifischen An-forderungen erfüllt werden (Mindestanforderungen): • Nachweis über die erfolgreiche Konzeption, Umsetzung und Inbetriebnahme einer einrichtungsübergreifenden Lösung zur Kommunikation zwischen mindestens 5 medizinischen Einrichtungen. Die Lösung muss eine Konfiguration von Abläufen bzw. Prozessen aufweisen, die über das typische Management von Nachrichten (Empfang, Prüfung, Transformation, Routing, Versand) hinausgeht, • Rollout dieser Lösung an die 5 beteiligten Einrichtungen nebst Erbringung von Schulungsleistungen für die Mitarbeiter, sowie • Erbringung von Wartungs- und Serviceleistungen für eine solche Lösung zur Kommunikation Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss durch die Vorlage von einem ver-gleichbaren Referenzprojekt nachweisen, dass die folgenden leistungsspezifischen Anforderungen erfüllt werden (Mindestanforderungen): • Konzeption, Umsetzung und Inbetriebnahme der Lösung für die Kommunikation mit Zuweisern, Haus-, Fachärzten oder MVZ • Konzeption, Umsetzung und Inbetriebnahme einer Email basierten Kommunikation von einer Einrichtung im Krankenhausbereich zu anderen Kommunikationspartnern, basierend auf dem Dienst KIM (Kommunikation im Medizinwesen) und • Erfüllung der beschriebenen Funktionalität durch die umgesetzte Lösung mit allen oder einer signifikanten Teilmenge (mindestens 3) der im Leistungsverzeichnis genannten Anwendungsfälle. Die vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft benannten jeweiligen Referenzen müssen aktuell sein, d.h. die Leistungen müssen im Zeitraum vom 31. März 2021 bis 1. April 2026 oder aktueller durch Inbetriebnahme erfolgreich abgeschlossen worden sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ecd2b4bd-b4d8-4c46-b608-08a7f5ca79a8

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 19/05/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ecd2b4bd-b4d8-4c46-b608-08a7f5ca79a8

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/05/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Klinik IT eG
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Klinik IT eG

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Klinik IT eG
Registrierungsnummer: 10034
Postanschrift: Radlsteg 1
Stadt: München
Postleitzahl: 80331
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: f.siebler@gvw.com
Telefon: +49 89689077320
Internetadresse: https://www.deutsche-evergabe.de
Profil des Erwerbers: https://www.deutsche-evergabe.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: a4bdb004-8542-49b2-b37a-87faa1a49e60
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80538
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 8921762411
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: ecd2b4bd-b4d8-4c46-b608-08a7f5ca79a8-01
Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen
Beschreibung: terminliche Gründe

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 49d349e9-d943-46a2-b47d-6de90bafcaae - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/05/2026 09:08:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 321647-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 90/2026
Datum der Veröffentlichung: 11/05/2026